

## **Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.01.1999**

---

Sitzungsort:

Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:

18.00 Uhr - 19.10 Uhr

Anwesend waren:

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

**SPD**

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt - Vorsitzender -

I. Bürgermeisterin Lina Meyer

II. Bürgermeister Eiwin Scholl

Ratsherr Hans Abels

Ratsherr Dieter Dilling

Ratsherr Reinhard Docter

Ratsfrau Herta Everwien

Beigeordnete Helga Grix

Beigeordneter Hans-Dieter Haase

Beigeordneter Jürjen Heinks

Ratsfrau Inge Hoffmann

Ratsherr Horst Jahnke

Ratsherr Richard Janssen

Ratsherr Wilhelm Jerems

Beigeordneter Wilhelm Leeker

Ratsherr Rico Mecklenburg

Ratsherr Friedhelm Merkentrup

Ratsfrau Elfriede Meyer

Ratsherr Karl-Gerhard Pauels

Ratsfrau Marianne Pohlmann

Ratsherr Ihno Slieter

Ratsherr Johann Südhoff

Beigeordnete Jenny Tamminga

Ratsherr Johann Wessels

Ratsherr Richard Woldmer

**CDU**

Ratsherr Ahlrich Groeneveld

Ratsherr Reinhard Hegewald

Ratsherr Uwe Hellmann

Ratsfrau Monika Hoffmann

Beigeordneter Heinz Werner Janßen

Ratsherr Hinrich Odinga

Ratsherr Benedikt Rosenboom

Ratsherr Werner Vollprecht

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Ratsherr Bernd Renken  
Beigeordnete Christine Schmidt-Reinders  
Ratsherr Günter Strelow  
Ratsherr Hermann Züchner

**F.D.P.**

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser  
Ratsherr Erich Bolinius

**von der Verwaltung**

Erster Stadtrat Ludwig Hemken  
Stadtbaurat Jan Röttgers  
Stadtrat Ewald Fürst  
Städtischer Direktor Heinz-Bernhard Schmidt  
Stadtangestellte Ursula Pientka als Protokollführerin

ca. 10 Zuhörer  
Vertreter der örtlichen Presse

**Punkt 1:** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

**Herr Dr. Kleinschmidt** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Zu Beginn der Ratssitzung sind 40 Ratsmitglieder anwesend.

**Punkt 2:** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Dr. Kleinschmidt** teilt mit, unter dem TOP 'Mitteilungen des Oberbürgermeisters' werde ein Bild vorgestellt, das später im Ratssaal hängen solle. Herr Brinkmann werde dazu Erläuterungen geben.

Zum Nahverkehrsplan der Stadt Emden (TOP 7) seien die Austauschseiten 12 und 20 verteilt worden.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

**Punkt 3:** Ansprache des Oberbürgermeisters zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

**Herr Brinkmann** führt aus:

"Am 03.01.1996 wurde folgende Proklamation des Bundespräsidenten veröffentlicht:

"1995 jährte sich zum 50. Mal das Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. In diesem Jahr haben wir uns in besonderer Weise der Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns und Völkermordes erinnert und der Millionen Menschen gedacht, die durch das nationalsozialistische Regime ent-

## **Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.01.1999**

---

rechtet, verfolgt, gequält oder ermordet wurden. Symbolhaft für diesen Terror steht das Konzentrationslager Auschwitz, das am 27. Januar 1945 befreit wurde und in dem vor allem solche Menschen litten, die der Nationalsozialismus planmäßig ermordete oder noch vernichten wollte.

Die Erinnerung darf nicht enden; sie muß auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen.

Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.

Ich erkläre den 27. Januar zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus."

Meine Damen und Herren, manch einer wird sich fragen, haben wir nicht ausreichend Gedenkstätten und Gedenktage? Ist nicht in Emden der 9. November der Tag, an dem jung und alt sich in der Bollwerkstraße trifft, dort wo einst die Synagoge stand, um zu gedenken?

Viele fragen sich, was bewirken Gedenksteine? Befreien sie unser Gewissen, und hat Martin Walser nicht doch recht, daß diese Form von Gedenken ritualisiert wird? Wer den Volkstrauertag zum Maßstab nimmt, könnte durchaus auf die Idee kommen.

Schließlich sind die Stätten in Bergen Belsen, Dachau, Buchenwald oder Auschwitz die wirklichen Stätten des Gedenkens an die Opfer, die ermordet, geschändet und gequält wurden. Sie dürfen nicht verkommen aus Mangel an Geld.

Wenn eines Tages Juden der vierten, fünften oder sechsten Generation nach Deutschland kommen, um die Spuren ihrer Vorfahren zu finden, dann müssen sie erkennen und nachvollziehen, wo und wie das deutsche Volk Schuld auf sich geladen hat.

Gestatten Sie mir ein weiteres Zitat aus der Rede des Bundespräsidenten am 19.01.1996:

"An der Schwelle zum nächsten Jahrtausend ist schon das von meiner Generation Erlebte - erst recht das von den Vorfahren Erlebte - in Gefahr, in einer distanzierten Retrospektive zu verschwimmen, und die historischen Fakten drohen sich auf Jahreszahlen und Schlagworte zu reduzieren. Auch die größte Barbarei schrumpft dann zu einem anonymen Ereignis, das allmählich in ein mildes Licht nüchterner Beschreibung getaucht wird."

Wer in seinem Leben Israel besuchen konnte, der wird auch in der nationalen Gedenkstätte Yad Vashem gewesen sein. Hier kann man nachvollziehen, warum das jüdische Volk die Greuelthaten der Nazi-Diktatur wachhält. Yad Vashem ist kein Ritual, keine normale Gedenkstätte. Aus jedem Winkel schreit es einem förmlich entgegen: "Seht her, dieses Leid haben deutsche Nazis dem jüdischen Volk zugefügt."

Eine vergleichbare Stätte kann es auf deutschem Boden nicht geben. Unser Volk waren die Täter, nicht die Opfer. Das geplante Mahnmal in Berlin wird nie vergleichbar sein. Berlin kann auch niemals das werden, was Auschwitz, Dachau oder Buchenwald als stumme Zeugen der Nazizeit den kommenden Generationen vermitteln wollen und werden.

Ephraim Kishon sagte unlängst in einem Fernsehgespräch:

"Kein Mahnmal kann wiedergeben, was es bedeutet, mit dem Judenstern gekennzeichnet durch die Straßen und Gassen getrieben worden zu sein,

## Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.01.1999

kein Mahnmal kann wiedergeben, was es bedeutet, von Nachbarn verraten und der Gaskammer preisgegeben worden zu sein,

kein Mahnmal kann wiedergeben, was es bedeutet, wenn junge und alte Menschen aus Habgier der Zähne beraubt worden sind, kurz - wenn einem Menschen die Würde genommen wird."

Vor diesem Hintergrund scheint das Gezerre um die Gedenkstätte in Berlin peinlich. Es scheint, als hätten wir auch 50 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz unsere Geschichte nur plakativ verarbeitet. Manchmal wünscht man sich, daß die Menschen nicht nur perfekt im Töten sein können, sondern auch in der Trauer. Im Gedenken, ja in der Mahnung tun wir uns allemal viel schwerer.

Erinnern dürfen wir uns nicht um der Vergangenheit willen, sondern um der Zukunft willen müssen wir uns erinnern. Nur wenn die nachwachsenden Generationen in ihrer Stadt nachvollziehen können, was während der Nazi-Diktatur geschah, nicht nur im Negativen, sondern auch im Positiven, sind sie in der Lage, das "Nie wieder" auch vorzuleben - sich zu wehren. Und dann, meine Damen und Herren, werden kommende Generationen aus Israel und anderen Ländern unbeschwert die Geburtsstätte ihrer Vorfahren aufsuchen, und nur dann war der Widerstand auch vieler Emdener Bürger während der Nazizeit nicht umsonst.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die in Emden die Geschichte von 1933 bis 1945 aufgearbeitet haben. Ohne ihr Engagement wären wir heute nicht soweit wie wir sind. Ohne das Engagement dieser Frauen und Männer könnten Kinder, könnten Jugendliche in den Schulen nicht nachvollziehen, was auch in Emden in der Nazizeit passiert ist. In diesem Sinne lassen Sie uns den heutigen Tag begehen."

Es wird eine kurze Pause eingelegt.

Punkt 4: Vorlage 13/662  
Jahresrechnung und Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 1997

**Herr Hemken** erläutert die Vorlage, die bereits im Rechnungsprüfungs- und Krankenhaussausschuß am 13./14.10. sowie im VA am 02.11.1998 behandelt worden sei und mit einer Verzögerung heute dem Rat vorgelegt werde.

**Herr Leeker** führt aus, seine Fraktion habe bereits im Rechnungsprüfungsausschuß angekündigt, daß sie der Jahresrechnung und auch der Entlastungserteilung zustimmen werde, aber sie habe auch zahlreiche Anmerkungen gemacht, wie man dem Protokoll entnehmen könne.

Die Verwaltung habe zugesagt und seines Wissens inzwischen auch damit begonnen, sich hinsichtlich der Gebührengestaltung, und insbesondere über die Friedhofsgebühren, Gedanken zu machen. Irgendwann müsse man jedoch zu einem Abschluß kommen, denn man werde von den Bürgern dieser Stadt immer wieder daran erinnert, in dieser Sache etwas zu tun.

In dem Prüfungsbericht werde angeführt, daß die Bestattungen auf kirchlichen Friedhöfen weitaus billiger seien als auf städtischen. Diese Diskrepanz könne so nicht bleiben. Die Gebührengestaltung sei kontraproduktiv, d.h. die Stadt habe nichts dazu gewonnen, sondern verliere ständig an Einnahmen.

Man habe z.Z. die Situation, daß der billigste kirchliche Friedhofsträger Jahreskosten von 12,25 DM verlange und die Stadt 90,00 DM. Viele alte Menschen seien bekümmert darüber,

## **Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.01.1999**

---

daß sie kaum imstande seien, ihr Grab zu bezahlen. Das müsse in diesem Frühjahr geändert werden, wenn ein Nachtragshaushalt aufgestellt werde.

Des weiteren spreche er noch einmal die Hundesteuer an, wo seine Fraktion bei der Verwaltung bisher auf taube Ohren gestoßen sei. Angesichts der Tatsache, daß auch andere Städte in dieser Richtung tätig würden, sollte man darüber nachdenken, ob nicht auch hier Änderungsbedarf bestehe.

Ansonsten stimme seine Fraktion der Vorlage zu und bedanke sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit in der Hoffnung, daß das nächste Ergebnis noch besser werde.

**Herr Janßen** wiederholt namens seiner Fraktion die Forderung, einige Gebühren wie die Abwasser- und insbesondere die Friedhofsgebühren auf den Prüfstand zu stellen. Bezüglich der Hundesteuer habe seine Fraktion den Antrag gestellt, die von Kampfhunden ausgehende Gefahr entsprechend in der Satzung zu berücksichtigen.

Er möchte sich ebenfalls bei Herrn Mansholt und seiner Mannschaft bedanken.

Beschluß: Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß § 101 NGO die Jahresrechnung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 1997 und die Entlastung des Oberstadtdirektors für das Haushaltsjahr 1997.

Dieser Beschluß umfaßt auch den Jahresabschluß des Hans-Susemihl-Krankenhauses. Der Bilanzgewinn in Höhe von 34.895,37 DM wird vorgetragen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Vorlage 13/764  
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i. V. m. § 89 NGO

**Herr Hemken** gibt Erläuterungen zu den über- und außerplanmäßigen Ausgaben wie im einzelnen in der Vorlage aufgeführt.

Er teilt ergänzend zu Pos. 2 a) mit, daß die Stadt Emden neben der Überwachung des ruhenden Verkehrs aktiver in die Geschwindigkeitsüberwachung einsteigen wolle. Das setze die Anschaffung der notwendigen Hard- und Software voraus, um die Ergebnisse des mobilen Meßfahrzeuges, das man als Einstieg zunächst zusammen mit dem Landkreis Aurich nutzen und später evtl. selbst anschaffen wolle, auswerten zu können. Diese Meßwagen hätten sich überall bewährt im Gegensatz zu den stationären Geräten. Damit komme man sicher bezüglich der Verkehrssicherheit in Emden ein ganzes Stück weiter.

Allerdings sei beim Einsatz des Meßwagens noch etwa der gleiche Betrag erforderlich für Personalkosten und die Fotoauswertung. Man werde dazu sobald wie möglich eine zusätzliche Vorlage erstellen. Das Ganze finanziere sich aus den erzielten Bußgeldeinnahmen.

**Herrn Janßen** interessiert in diesem Zusammenhang, welche Erfolge mit der vor Jahren angeschafften Laserpistole erzielt worden seien.

**Herr Hemken** sagt Beantwortung über das Protokoll zu.

(Ein Erfahrungsbericht der Polizeiinspektion Emden wird dem Protokoll beigelegt.)

## Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.01.1999

Beschluß: Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 1999 folgenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben zu:

1. Vermögenshaushalt - überplanmäßig  
3610-9517 Material Johanna Mühle 70.000,00 DM
2. Vermögenshaushalt - außerplanmäßig
  - a) 1100-9357 Hard- und Software 170.000,00 DM  
OWiG-Verfahren
  - b) 6150-9500 Für Sanierung Kleinfaldern/Friesland 950.000,00 DM

Ergebnis: einstimmig

Punkt 6: Vorlage 13/768  
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 1998

**Herr Hemken** berichtet, seit der letzten Ratssitzung seien über- und außerplanmäßige Ausgaben im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt von insgesamt 392.300,00 DM genehmigt worden.

Die Erhöhung des Zuschusses an den Verkehrsverein um 29.000,00 DM sei erforderlich geworden, um einen Kollaps zu vermeiden. Anfang Februar werde eine Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen stattfinden, in der der Verkehrsverein Gelegenheit haben werde, ein neues Konzept für die Fortsetzung seiner Arbeit vorzulegen.

Nach Meinung von **Herrn Hellmann** sollte man alle Anstrengungen unternehmen, damit der Verkehrsverein wieder auf gesunden Beinen stehe, da er angesichts der derzeitigen Situation eine tragende Säule für Handel und Wandel in der Innenstadt sei, vor allem in den Sommermonaten. Er bitte darum, dies positiv in den kommenden Sitzungen zu vertreten.

**Herr Leeker** möchte das namens seiner Fraktion unterstützen.

**Herr Dr. Beisser** hätte gern Näheres gewußt zu den Geschäftsausgaben, da die Begründung sehr dürftig sei.

Außerdem möchte er wissen, ob die gem. § 93 NGO vorgeschriebenen Anforderungen bei der Bestellung von Bürgschaften von der Stadt erfüllt worden seien.

Dies wird von **Herrn Hemken** bejaht. Die Bezirksregierung habe die Fälle seinerzeit geprüft und die Genehmigung zur Aufnahme der Bürgschaften erteilt.

Bei den Geschäftsausgaben handele es sich in der Hauptsache um Porto-, Telefon- und Materialkosten. Diese Ansätze würden nach wie vor sehr restriktiv gefahren, so daß es schon mal zu Mehrausgaben komme.

Auf Rückfrage von **Herrn Wessels** erklärt **Herr Hemken**, daß die bauliche Unterhaltung der Grundschulen in einem sogenannten Deckungskreis zusammengefaßt sei, d.h. es werde ein Pauschalbetrag für alle Schulen genehmigt und aufgeteilt. Bei den Anforderungen, die heute an die Unterhaltung gestellt würden, und den sehr knapp bemessenen Mitteln könne es vorkommen, daß Mittel nachbewilligt werden müßten.

## **Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.01.1999**

---

**Herr Bolinius** spricht noch einmal den Zuschuß an den Verkehrsverein an und möchte wissen, wie dieser zustande komme. Seine Fraktion unterstütze natürlich ebenfalls die Bemühungen, den Verkehrsverein am Leben zu erhalten. Er appelliere auch an die Geschäftsleute, dem Verkehrsverein beizutreten und nicht nur die Vorteile in Anspruch zu nehmen.

**Herr Hemken** erwidert, die 29.000,00 DM seien Ende letzten Jahres bewilligt worden, um die Liquidität des Vereins zu erhalten. Die Aktivitäten des Verkehrsvereins hätten enorm zugenommen, was positiv zu bewerten sei, andererseits seien die Einnahmen nicht so geflossen, wie man es sich vorgestellt habe, weil der Handel sich nicht in dem erwarteten Umfang beteiligt habe. Es habe erhebliche Beitragsausfälle gegeben mit der Folge, daß die entstandenen Mehrkosten durch die Einnahmen nicht hätten gedeckt werden können. Der Verkehrsverein sei gebeten worden, in der Sitzung einen ausführlichen Bericht zu geben über die Entwicklung der Verhältnisse.

Kenntnis genommen.

Punkt 7: Vorlage 13/709  
Nahverkehrsplan der Stadt Emden

**Herr Röttgers** führt aus, vor dem Hintergrund der regionalen Verkehrsentwicklung seien in der Vergangenheit schon erhebliche Investitionen in den ÖPNV getätigt und damit dokumentiert worden, daß hier eine gewisse Bedeutung vorliege.

Jetzt gehe es darum, dieses Ziel in einen Rahmenplan umzusetzen, der im übrigen gesetzlich vorgeschrieben sei, wenn man Genehmigungen erreichen und Zuschüsse erwirken wolle. Was als Maßnahmenkatalog nicht im Nahverkehrsplan enthalten sei, könne auch nicht bezuschußt werden. Dieses Verfahren werde z.B. auch bei einem Dorferneuerungsplan angewandt. In Petkum, Uphusen und Larrelt habe man erlebt, daß eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen worden seien, die aber nur parallel zur Finanzierung hätten realisiert werden können.

So könne z.B. der Bahnhofsvorplatz nicht aus kommunalen Mitteln finanziert werden, sondern man sei auf Zuschüsse angewiesen, wobei im Detail noch nichts festgelegt worden sei, denn die Gegenfinanzierung nach dem GVFG müsse zur Verfügung stehen. Das setze voraus, daß man Ziele und Maßnahmen zunächst als Wünsche darlege, damit man entsprechende Anträge stellen und dann die Projekte detailliert entwickeln könne.

Auf Anregung des Stadtplanungsausschusses sei der Text des Vorwortes überarbeitet worden, da ein Widerspruch darin enthalten gewesen sei. Außerdem werde die Seite 20 ausgetauscht, wo man den letzten Absatz gestrichen habe. Er bitte den Rat um Beschlußfassung, damit der Nahverkehrsplan auf den Genehmigungsweg gebracht werden könne.

**Herr Leeker** führt aus, im Stadtplanungsausschuß sei ausführlich über den Nahverkehrsplan diskutiert worden, dem seine Fraktion zustimmen werde, weil er ein Rahmenplan sei und die detaillierte Planung noch folgen müsse. Allerdings möchte er noch einmal darauf hinweisen, daß man die Bemühungen der Nachbargemeinden auf Anbindung im Nahverkehr unterstütze, wobei die dadurch entstehenden Kosten nicht allein von der Stadt Emden zu tragen seien.

Des weiteren plädiere er dafür, daß sich die Stadt Emden am Disco-Bus beteilige, um ein Zeichen des guten Willens zu setzen.

## **Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.01.1999**

---

Ferner möchte man erreichen, daß während der Sommermonate das Touristikangebot, durch Ostfriesland zu fahren, auf Emden ausgeweitet und damit erreicht werde, daß das Angebot in der Stadt Emden angemessen vermarktet werde.

**Herr Hellmann** bedankt sich zunächst bei der Verwaltung für die umfangreiche Ausarbeitung. Wenn man das Gesamtpaket betrachte, werde deutlich, welche Arbeit darin stecke. Bei Durchsicht des Planes werde allerdings deutlich, daß hier einiges im argen liege und noch viel getan werden müsse.

Auf Seite 87 könne man lesen, daß bis zum Jahre 2010 der Pkw-Verkehr um 24 % zunehmen werde, während im nächsten Satz stehe, daß man einen Rückgang bei den Fahrleistungen um bis zu 12 % im Jahre 2020 erwarte, bedingt durch die sinkenden Bevölkerungszahlen. Man könnte zu dem Schluß kommen, daß der Plan dann überflüssig sei. Er sei trotzdem der Meinung, daß man ihn gerade deshalb benötige. Andererseits möchte er aber auch darauf hinweisen, daß die 24 % mehr Pkw im Jahre 2010 ökologisch verkraftet werden müßten.

Der Nahverkehrsplan diene als Arbeitsgrundlage, um dann sukzessive umgesetzt zu werden. Dabei sollten die betroffenen Verkehrsträger sowie die Benutzergruppen, insbesondere die Schulen und die Stadtelternräte, aktiv eingebunden werden, denn man dürfe nicht vergessen, daß Kinder, die heute nicht den Bus benutzen, ihn in der Regel auch später nicht benutzen. Dazu trage auch die Km-Begrenzung in der Schülerbeförderung bei.

Während im Schuljahr 1990/91 noch 2.020 Schüler an der Schülerbeförderung teilgenommen hätten, seien es heute nur noch 1.182 Schüler und damit ca. 42 % weniger. Allerdings sei kein Geld eingespart worden, sondern es seien die gleichen Kosten angefallen. Man müsse sich deshalb fragen, ob das der richtige Weg sei. Vielleicht sollte die Schülerkarte auch in den Ferien Gültigkeit haben.

Man sollte dem Nahverkehrsplan zustimmen, um ihn in den folgenden Jahren Punkt für Punkt durchzugehen und Veränderungen und Verbesserungen vorzunehmen.

**Herr Renken** möchte nicht alles wiederholen, was er bereits an Kritik und Anregungen im Stadtplanungsausschuß vorgebracht habe. Er sei erfreut darüber, daß die Umformulierung des Vorwortes erfolgt sei, denn eine Planung mit einem Volumen von über 16 Mio. DM aufzunehmen und dann zu schreiben, man habe dafür kein Geld, wäre eine Farce gewesen. Mit dieser Formulierung könne seine Fraktion auch bei aller Kritik am Nahverkehrsplan leben und werde ihm die Zustimmung geben.

Es sei eine Reihe von Zielen und Maßnahmen vorgeschlagen worden, die man begrüße, bis auf einige wenige. So sei z.B. nicht nachvollziehbar, weshalb für 300.000,00 DM die Haltestelle an der Kunsthalle noch weiter ausgebaut werden solle, wo es dringenderen Bedarf gebe, einen angemessenen Standard bei Haltestellen zu erreichen.

Aufgrund der mangelnden Datengrundlage sei es schwer, Ziele zu beschreiben. Man wisse z.B., daß es 1996 1,5 Mio. Beförderungsfälle gegeben habe, d.h. statistisch gesehen jeder Bürger dreißigmal mit dem Bus gefahren sei. Die Hälfte der Beförderungsfälle entfalle jedoch auf die 1.200 Schüler. Dies sei eine unbefriedigende Situation insofern, als dieser Plan mit seinen Maßnahmen dazu dienen sollte, die Attraktivität und die Sicherheit des Nahverkehrs zu erhöhen.

Er weise darauf hin, daß mit der Zunahme des Individualverkehrs die Schadstoffemissionen weiter zunehmen werden. Man müsse deshalb gezielt alle Mittel einsetzen, um gegenzusteuern. Mit diesem Plan sei das ein Stück weit möglich.



## **Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.01.1999**

---

Was den Schienenpersonennahverkehr angehe, so sei er froh darüber, daß im Nahverkehrsplan auch Wünsche der Landkreise festgeschrieben seien hinsichtlich der Erhaltung des Schienennetzes und der Verbindung der ostfriesischen Mittelzentren. Es sei darin ein Votum für die Verbindung Aurich - Abelitz - Emden enthalten.

Ein wichtiger Aspekt sei die Verlagerung des Berufsverkehrs auf die Schiene, und hier sollte s.E. die Stadt Emden darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoll sei, z.B. Petkum als Haltestelle zu reaktivieren. Dieser Punkt sei bei den Beratungen etwas zu kurz gekommen.

Im übrigen sei man enttäuscht über die mangelnde Resonanz in der Vorbereitungsphase z.B. bei den Trägern öffentlicher Belange. Außerdem müßten die Interessen der Schüler, Frauen, Behinderten und Senioren in bezug auf den ÖPNV mehr Berücksichtigung finden.

**Herr Bolinius** führt aus, im Stadtplanungsausschuß sei über dieses Thema lange beraten worden. Die Idee, in Petkum die Bahnhaltestelle wieder zu reaktivieren, sei völlig illusorisch, da diese sich weitab vom Ortskern befinde.

Man habe zur Kenntnis genommen, daß dieser Rahmenplan im Laufe der Zeit noch entsprechend verändert werden könne. Seine Fraktion lege Wert darauf, wenn im April der Geldregen komme und einige Punkte verwirklicht werden sollten, bei den Detailplanungen mitwirken zu können. Man sei zwar nach wie vor gegen die Busspuren, aber wenn es sie schon mal gebe, dann müsse jetzt dafür Sorge getragen werden, daß der Verkehrsrechner voll angeschlossen werde. Die Verwaltung sollte dafür einen zweiten Mann ausbilden. Seine Fraktion stimme der Vorlage zu.

**Herr Hegewald** bemerkt, für die Umsetzung des Nahverkehrsplanes werde Geld benötigt, und wenn man der mittelfristigen Finanzplanung des Landes Glauben schenken dürfe, dann würden in den Jahren 1999 bis 2002 zusätzlich rd. 100 Mio. bereitgestellt. Man müsse deshalb aufpassen, und hier sei Herr Haase als Landtagsabgeordneter gefordert, daß die Gelder nicht nur in der Region Hannover blieben für die Expo, sondern wieder in die ländlichen Regionen flössen, um solche Dinge umzusetzen.

**Herr Röttgers** erklärt abschließend, es werde hier ein Maßnahmenkatalog als Angebotsplanung vorgeschlagen, der den ÖPNV attraktiver machen solle. Daß der Nahverkehrsplan fortgeschrieben werde und sich im Laufe der Zeit anders darstelle, sei selbstverständlich. Es habe zunächst ein Konzept entwickelt werden müssen, damit man das Angebot umsetzen könne.

Der Nahverkehrsplan sei auch erforderlich, um möglicherweise für Emden Betriebe Zuschüsse erwirken zu können. Der Betriebshof sei unbedingt notwendig für den derzeitigen und zukünftigen Betreiber und werde aus Zuschüssen finanziert. Es gebe noch eine ganze Reihe anderer Dinge, die nicht nur städtische Maßnahmen seien. Man müsse auf jeden Fall wach sein und immer wieder Anträge stellen.

Beschluß: Der Rat der Stadt Emden beschließt den als Anlage zur Vorlage 13/709 beigefügten Nahverkehrsplan.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 8: Vorlage 13/270/2  
Bebauungsplan D 24 C, II. Abschnitt - mit gestalterischen Festsetzungen -  
(Gewerbegebiet Harsweg)  
- Satzungsbeschluß

## Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.01.1999

**Herr Röttgers** teilt mit, die während der erneuten öffentlichen Auslegung von der Luftfahrtbehörde gegebenen Anregungen im Hinblick auf die Option für die Einrichtung eines Instrumentenflugbetriebes würden berücksichtigt.

Auf Rückfrage von **Herrn Leeker** erklärt **Herr Brinkmann**, daß das Genehmigungsverfahren abgeschlossen sei und damit die Voraussetzungen für den Baubeginn vorlägen. Der Emdener Flughafen könne dann von kleinen bis mittleren Flugzeugen angefliegen werden.

Beschluß: Die Anregungen der Bezirksregierung Weser-Ems, Luftfahrtbehörde, werden berücksichtigt.

Der Bebauungsplan D 24 C, II. Abschnitt - mit gestalterischen Festsetzungen - nebst Begründung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 1  
Enthalt.: 3

Punkt 9: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Vorlage 13/756  
Bekanntgabe einer Eilentscheidung
  - a) Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Emden
  - b) Einrichtung einer Fachklasse für Werkzeugmacher an den Berufsbildenden Schulen II zum 01.02.1999

Kenntnis genommen.

- - - - -

2. **Herr Brinkmann** stellt den Ratsmitgliedern per Overhead-Projektor eine Fotokopie des Gemäldes "Blick auf Emden von der Insel Nesserland aus" des Künstlers Johann Mencke-Maeler vor. Es werde vorgeschlagen, eine Replik in der entsprechenden Größe anfertigen zu lassen und diese an der Stirnwand des Ratssaales als ständige Ausstellung anzubringen.

Die Ratsmitglieder bekunden durch Beifall ihre Zustimmung.

Anfragen der Zuhörer zu den Beratungsgegenständen der Tagesordnung

K e i n e

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.10 Uhr.